

# Das wird man ja wohl noch denken dürfen

In Thüringen will es Ministerpräsident Ramelow den Bürgern überlassen, wie sie sich vor Corona schützen – und wird dafür scharf kritisiert.

Von Stefan Locke, Dresden, und Eckart Lohse, Berlin

Die Nachricht vom vermeintlichen Ende der Anti-Corona-Regeln in Thüringen war kaum in der Welt, da bekam Matthias Hey schon jede Menge Post. Ärzte, Bürger, ja selbst potentielle Urlauber aus anderen Bundesländern meldeten sich bei dem in Thüringen populären SPD-Fraktionschef mit Fragen und vor allem einer großen Sorge: dass Thüringen jetzt leichtfertig die Erfolge der Anti-Pandemie-Maßnahmen verspielen könnte. „Wenn die Maßnahmen jetzt in Gebote umgewandelt werden, wird sich wohl nur noch eine Minderheit daran halten“, schreibt eine Ärztin. „Für die Gefährdeten bedeutet dies Ausschluss von jeder Teilhabe am Leben oder aber Lebensgefahr.“ Ein Ehepaar aus Baden-Württemberg schreibt, auch wegen der niedrigen Infektionszahlen einen Urlaub in Thüringen geplant zu haben, das nun jedoch überdenken zu wollen. „Da riskieren Sie wirklich sehr viel!“ Und in einem weiteren Schreiben heißt es: „Bitte halten Sie Herrn Ramelow von seinen Plänen zum Verzicht auf allgemeine Schutzvorschriften ab!“

Hey wusste zunächst nicht, was er darauf antworten soll, weil er über den Inhalt von Ramelows Vorstoß, die gegenwärtigen Einschränkungen aufzuheben, nicht vollständig im Bilde war. „Das war mit niemandem abgestimmt, noch nicht mal mit den eigenen Leuten“, sagt Hey. Die Koalitionspartner SPD und Grüne hat die Idee eiskalt erwischt. Natürlich müsse der Ministerpräsident einen Vorschlag machen können, sagt Hey. „Aber in der gegenwärtigen Lage wäre es besser gewesen, das vorher mal zu besprechen.“ Es habe dann am Wochenende einen hektischen Austausch in der Regierung-Chat-Gruppe aus Ministern und Fraktionschefs gegeben. Aber die Frage, was eine Aufhebung der Maßnahmen genau bedeutet, sei

nebulös geblieben. „Bei den Leuten im Lande entsteht der Eindruck, dass ab 6. Juni wieder alles möglich ist“, sagt Hey. „Aber das ist nicht so, und das muss schleunigst klargestellt werden.“

Ramelow hatte am Wochenende auf seiner Internetseite mitgeteilt, „weitere Schritte zu gehen, um den allgemeinen Lockdown zu beenden“. Dazu gehöre, nach dem 5. Juni – dem Tag, an dem die aktuelle Allgemeinverfügung ausläuft – auf allgemeine Schutzvorschriften zu verzichten „und hin zu einem Konzept des Empfehlens und der lokalen Covid-19-Bekämpfung bei wieder steigenden Infektionszahlen zu kommen“. Das Motto solle dabei lauten: „Von Ver- zu Geboten, von staatlichem Zwang hin zu selbstverantwortetem Maßhalten.“ Ramelow wolle weg aus dem Krisenmodus, heißt es aus der Erfurter Staatskanzlei. Falls es nur noch vereinzelte Infektionen gebe, wolle er nicht mehr das öffentliche Leben im gesamten Land einschränken und nicht mehr Kontakte in Gegenden verbieten, in denen es seit Wochen keine Neuinfektionen gegeben hat.

Thüringen zählt wie alle ostdeutschen Bundesländer zu den wenig von der Pandemie betroffenen Regionen. Am Montag meldete die Regierung lediglich sechs Neuinfektionen, fünf davon im besonders betroffenen Landkreis Greiz. Allerdings wies Ramelow auch darauf hin, dass die Lage weiterhin „fragil“ sei, und appellierte an die Bevölkerung: „Wir müssen lernen, diese Fragilität zu akzeptieren, ohne uns in Fatalismus oder dem Gefühl der Sinnlosigkeit zu verlieren.“ Seine Überlegungen hatten, auch weil sie nicht näher spezifiziert waren und deshalb munter interpretiert wurden, umgehend bundesweit Protest hervorgerufen.

Zum Beispiel in Berlin. Dort war das CDU-Präsidium am Montagmorgen zur Videokonferenz zusammengelassen, um vor allem über die finanziellen Hilfen in der EU für die von der Pandemie besonders betroffenen Länder zu sprechen. Aber es gab auch deutliche Kommentare zum Vorstoß des Thüringer Ministerpräsidenten. Schnell wurde aus Teilnehmerkreisen berichtet, Mitglieder der Präsidiumsversammlung hätten sich „überrascht“ gezeigt von Ramelows Vorgehen. Einer der Teilnehmer habe den Politiker der Linkspartei scharf kritisiert und gesagt, ein solches Vorgehen schlage Wellen in anderen Ländern, was nicht eben hilfreich sei.

Schon bald folgten aus mehreren Landeshauptstädten kritische Töne, aus Hannover etwa und auch aus Magdeburg. Besonders deutlich wurde der bayerische Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende Markus Söder. Beim Besuch eines Kindergartens in Nürnberg kommentierte er die Nachrichten aus Erfurt mit den Worten, das sei ein „fatales Signal“. Er bitte die Verantwortlichen in Thüringen, die Planun-



Wie weit dürfen die Lockerungen gehen?

gen noch einmal zu überdenken. Bayern hat eine lange Grenze mit Thüringen, und Söder treibt die Sorge um, dass Neuinfektionen aus dem nördlichen Nachbarland sich auf Bayern auswirken. Er kündigte ein „Konzept“ an, wie man reagieren werde: „Ich möchte nicht, dass Bayern noch einmal infiziert wird durch eine unvorsichtige Politik, die in Thüringen gemacht wird.“

In Berlin warf SPD-Generalsekretär Lars Klingbeil Ramelow vor, er lasse sich von Verschwörungstheorien beeinflussen. Er erwarte von einem Politiker, dass er Orientierung gebe und sich nicht von „ein paar tausend Menschen, die sich mit Verschwörungstheorien auf die Plätze stellen“, leiten lasse, sagte Klingbeil in einem Interview mit der „Bild“-Redaktion. Auch Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) mahnte, es dürfe nicht der Eindruck entstehen, die Pandemie sei schon vorbei. Ein gewisses Verständnis brachte Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble (CDU) auf. „Wenn man weiter vorsichtig ist und notfalls auch diese Lockerungsmaßnahmen wieder zurücknimmt, dann ist das Risiko nicht unvermeidbar“, sagte Schäuble. Allerdings gehe Ramelow ein „hohes Risiko“ ein.

Während der thüringische Ministerpräsident viel öffentliche Prügel einstecken musste, berieten die Chefs der Staatskanzleien der Länder mit Kanzleramtschef Helge Braun darüber, welche Maßnahmen zum Schutz vor dem Virus bundeseinheitlich bestehen bleiben sollten. Die Beschlussvorlage des Kanzleramts fiel einigermaßen kurz aus – sehr viele einheitliche Beschlüsse sollen nicht mehr gefasst werden, seitdem Bund und Länder Anfang Mai beschlossen, die Entscheidungen über Lockerungen weitgehend den Ländern zu überlassen. Immerhin soll es nach dem Wunsch des Kanzleramts mindestens bis zum 5. Juli dabei bleiben, dass Personen einen Mindestabstand von 1,5 Meter einhalten. Auch Kontaktbeschränkungen sollen in ganz Deutschland bestehen bleiben, allerdings gelockert werden. Bis zu zehn Personen aus höchstens zwei unterschiedlichen Haushalten sollen sich in der Öffentlichkeit treffen dürfen. Auch bei privaten Zusammenkünften zu Hause in geschlossenen Räumen sollen die Hygiene- und Abstandsregelungen eingehalten werden. Auch wenn Braun und die Staatskanzleichefs am Montag noch nicht zu einer Entscheidung kamen, verkündete Regierungssprecher Steffen Seibert grundsätzlich, dass Kanzle-

rin Angela Merkel bei den bundeseinheitlichen Abstandsregeln und auch bei Kontaktbeschränkungen bleiben wolle.

Am Montag ist dann auch Ramelows Linkspartei erkennbar um Schadensbegrenzung bemüht. Ja, Abstandhalten sowie Schutzmasken in Bussen und Bahnen würden auch nach dem 6. Juni gelten, sagt die Thüringer Linken-Vorsitzende Susanne Hennig-Wellsow: „Diese Regeln bleiben definitiv bestehen.“ Und nein, „auch in den Schulen können wir weiterhin nicht zum Normalbetrieb übergehen“. Auch Großveranstaltungen werde es – wie bundesweit geregelt – bis Ende August nicht geben. Zugleich dementiert Hennig-Wellsow, von der Idee überrascht worden zu sein. Ramelow habe das Ganze mit der Linken-Spitze seit Anfang vergangener Woche diskutiert. „Ich war zunächst auch skeptisch“, sagt sie. Allerdings seien angesichts der geringen Zahl an Neuinfektionen weiterhin scharfe Grundrechtseinschränkungen für alle „eben nur noch schwer zu erklären“.

Die Normalisierung sei in weiten Teilen Thüringens bereits Realität, so Hennig-Wellsow. Es bedürfe deshalb keines täglich tagenden landesweiten Krisenstabs mehr, stattdessen sollten die Kommunen

künftig selbständig auf das Infektionsgeschehen reagieren. Als Richtwert sind dafür 35 Neuinfizierte je 100 000 Einwohner in den vergangenen sieben Tagen im Gespräch. Derzeit gibt es landesweit rund fünf Neuinfektionen je 100 000 Einwohner. Die Linke wolle deshalb jetzt „klar auf die Eigenverantwortung der Menschen setzen, ohne staatlichen Zwang oder Bußgeldkatalog“, sagt Hennig-Wellsow. Ramelow selbst versuchte am Montag, die aus dem Ruder laufende Debatte wieder einzufangen. „Weder habe ich Corona für beendet erklärt, noch die Gefährlichkeit ignoriert“, schrieb er auf Twitter. „Unsere Strategie zur Abwehr soll vom Krisenmanagement auf Regelbetrieb umgestellt werden.“ Das Virus werde nicht verschwinden. „Also werden Standards zur Abwehr die Regel und nicht mehr die Ausnahme.“

Der Vorstoß ist auch einer Reihe von Gerichtsentscheidungen geschuldet, die zunehmend gegen die Maßnahmen der Regierung ausgefallen waren. Zuletzt hatte sich etwa der Betreiber eines Fitnessstudios in Apolda das Recht erstritten, seine Räume wieder öffnen zu dürfen. Die fortdauernde Schließung der Studios in Thüringen erweise sich als Ungleichbehandlung etwa gegenüber Reha-Einrichtungen, „für die es keine sachliche Rechtfertigung gebe“, urteilten die Richter des Oberverwaltungsgerichts in Weimar am Freitag und erlaubten es, die Studios landesweit ab sofort wieder zu öffnen. Wie die Corona-Regeln in Thüringen künftig genau aussehen werden, will die rot-rot-grüne Regierung an diesem Dienstag im Kabinett besprechen. SPD-Mann Hey zufolge könnte das eine turbulente Sitzung werden. „Wir können nicht, weil am Wochenende laut nachgedacht wurde, jetzt einfach so alles beschließen“, sagt er. Landräte und Bürgermeister hätten viele Fragen, was jetzt mit der neuen Verantwortung auf sie zukomme. „Das müssen wir klären“, sagt Hey und formuliert schon einmal seine Vorstellungen: „Thüringen wird nicht das Schweden Deutschlands werden.“

Sachsens Landesregierung wiederum hatte bereits vor zwei Wochen angekündigt, nicht mehr staatlicherseits alles zu verbieten, sondern auf die Eigenverantwortung der Bürger im Kampf gegen Corona zu setzen. Der Freistaat verzeichte am Montag landesweit noch drei Neuinfektionen. Gesundheitsministerin Petra Köpping (SPD) kündigte denn auch an, ebenfalls ab 6. Juni statt genereller Beschränkungen alles freizugeben und lediglich noch die Ausnahmen definieren zu wollen. „Viel hängt davon ab, dass die Menschen Verantwortung übernehmen und sich an das Abstandsgebot und die Maskenpflicht halten“, sagte die Ministerin. Sowohl Sachsen als auch Thüringen gehen davon aus, dass ihnen weitere Bundesländer folgen werden.

## „Wir sollten uns gerade jetzt vor einer Spaltung Europas hüten“

Polens Regierungschef Mateusz Morawiecki über den Zusammenhalt der EU in der Corona-Krise, die vertagte Präsidentenwahl und die Justizreform

Herr Ministerpräsident, kann die Corona-Krise zum Zerschlagen der Europäischen Union führen?

Die mit der Pandemie verbundenen Ereignisse und ihre wirtschaftlichen Folgen sind in ihrem Ausmaß viel größer als alle Krisen der vergangenen hundert Jahre. Denken Sie allein daran, dass die Vereinigten Staaten nach sieben Wochen 38,6 Millionen Arbeitslose haben. Im April habe ich in Ihrer Zeitung geschrieben, dass die Strategie der Austerität, das Engerschnallen des Gürtels während der Krisen von 2007 bis 2013, sich nicht bewährt hat. Daher muss jetzt die Antwort der EU sehr entschlossen sein und unserem Kontinent einen Hebel für seine Entwicklung geben. In einer Zeit dramatischer Veränderungen in der Weltwirtschaft muss das ein Hebel der Investitionen in Infrastruktur, Innovation und in die Menschen sein. Wir können in dieser neuen globalen Rivalität nicht schon am Anfang hinterherhinken.

Kann die Krise die wirtschaftlichen Trennlinien zwischen alten und neuen EU-Mitgliedern – darunter den Staaten Ostmitteleuropas – verfestigen?

Nur im Mannschaftsspiel können wir ein gutes europäisches Ergebnis erzielen. Die Pandemie hat ganz Europa symmetrisch getroffen, und auch die Antwort sollte symmetrisch sein. Die Staaten Ostmitteleuropas hatten in den vergangenen Jahren eine vernünftige Politik geführt, und so konnten sie jetzt geld- und fiskalpolitisch gut reagieren. Polen, früher ein Land mit einem der schwächsten Steuersysteme, hat dieses mutig reformiert. In der jetzigen Krise hat eines unserer Rettungspakete, das Finanzschild, bereits 170 000 Firmen mit 1,7 Millionen Beschäftigten erreicht. Aber die Folgen der Krise treffen uns alle gleich. Ich vertraue darauf, dass dieses verführerische „Europa der zwei Geschwindigkeiten“, das beunruhigend oft in früheren Debatten auftauchte, in dieser völlig neuen Situation endgültig ad acta gelegt werden wird. Denn Voraussetzung für Erfolge im Kampf gegen die Krise ist Solidarität zwischen allen EU-Ländern.

Nach der Finanzkrise und der Migrationskrise ist der „kranke Mann Europas“ auch diesmal im Süden zu finden. Dagegen scheinen die „Tigerstaaten“ in Ostmitteleuropa gesund – und sie brauchen keine Unterstützung mehr, könnten manche sagen.

Wir sollten uns gerade jetzt vor einer Spaltung hüten. Einer Spaltung in Kranke und Gesunde zum Beispiel. Das wäre wertend, geradezu stigmatisierend. Aber es gibt kein besseres oder schlechteres Europa, nur ein Europa, das angesichts großer Probleme dringend Solidarität und Zusammenarbeit braucht. Wenn Polen und seine Nachbarn in der Visegrád-Gruppe sich in den vergangenen Jahren am dynamischsten entwickelt haben, so können wir heute mehr Kraft und Frische in die Gemeinschaft einbringen.

Jetzt liegen Vorschläge auf dem Tisch, wie der Kampf gegen die Krise zu finanzieren wäre: ein deutsch-französischer, einer aus Wien und Den Haag. Welches Konzept erscheint aus polnischer Sicht das beste?

Am besten wäre eine Option, die elastisch ist, im Sinne einer EU, die „in Vielfalt vereint“ ist. Sie sollte den differenzierten Bedürfnissen der betroffenen Länder entsprechen. Ein Tourismusland braucht andere Mittel der Unterstützung als ein Land mit großer Automobilindustrie. Wieder andere Instrumente brauchen Länder, die wegen der Katastrophe der kommunistischen Zeit eine Politik der Kohärenz brauchen, Investitionen in Brücken, Straßen, die Bahn, die Energiewirtschaft. Wenn wir schnell einen Wiederaufbauplan beschließen, einen neuen europäischen Marshall-Plan, können wir die Katastrophe der Pandemie zu einem Erfolg umschmieden und die EU stärken.

In Washington regiert ein Präsident, der die traditionelle Außenpolitik Amerikas auf den Kopf gestellt hat. Sie als Vertreter Polens müssten das sehr beunruhigen, oder?

Ganz sicher ist das Vertrauen zwischen den Partnern in Amerika und der EU in letzter Zeit gestört. Allerdings wäre ich zurückhaltend, was die Suche nach Schuld-

gen – vor allem nur auf einer Seite – betrifft. Die Vereinigten Staaten und Europa haben gemeinsame Werte: Demokratie, Freiheit, Menschenwürde und Menschenrechte. Wenn wir wollen, dass diese Werte Bestand haben und sich entwickeln, ist die euro-atlantische Zusammenarbeit unerlässlich. Wir leben in Zeiten der Veränderungen und der Instabilität, in einer gefährlichen und dynamischen Epoche. Die Architektur der europäischen und globalen Sicherheit ist ohne amerikanische Beteiligung kaum vorstellbar. Eine gute, vernünftige Zusammenarbeit der Vereinigten Staaten und Europas ist Bedingung für eine gerechte Weltordnung.

In Polen hat einer Ihrer Koalitionspartner, der damalige Minister Jaroslaw Gowin, die Abhaltung der umstrittenen Präsidentenwahl am 10. Mai verhindert. War er illoyal, oder können Sie persönlich sich eine Zusammenarbeit in einer Regierung mit ihm auch künftig vorstellen?

Die vereinigte Rechte, die unsere Regierung trägt, war von Anfang an ein breites politisches Lager mit verschiedenen Strömungen. Anders wären auch ihre Wahlsiege nicht denkbar. Das Vertrauen unter den Partnern in diesem Lager ist unverändert und hat auch durch die Debatten und Beschlüsse über die Wahl nicht gelitten.

Wenn jetzt wohl Ende Juni gewählt wird, werden das unanfechtbare, „freie und faire“ Wahlen sein, auch für den kurzfristig nominierten Oppositionskandidaten Rafal Trzaskowski?

Dies werden im demokratischen Sinne unmittelbare, gleiche, allgemeine und geheime Wahlen sein. So war es in Polen, und so wird es immer sein. Die Behauptung, es könne anders sein, ist absolut un-



„Katastrophe zu Erfolg umschmieden“: Mateusz Morawiecki

Foto: EPA

annehmbar. Natürlich ist die Epidemie eine Herausforderung, aber sie war es auch für andere Länder. In Deutschland und Frankreich waren dies jüngst aber keine Präsidentenwahlen. Daher bei uns die hitzigere Debatte.

Der Sieg eines Oppositionskandidaten erscheint nicht ausgeschlossen. Wären Sie bereit zu einer Kohabitation mit einem Präsidenten aus einem anderen Lager?

Präsident Andrzej Duda genießt sehr große Unterstützung unter den Bürgern, er ist in der Wahl der Favorit. Die Zusammenarbeit mit ihm ist sehr gut, was angesichts der Pandemie extrem wichtig war.

Der Vorsitzende der Partei PiS, Jaroslaw Kaczynski, hat neulich von einem „radikalen“ und einem „gemäßigten“ Flügel im regierenden Lager gesprochen. Haben die Radikalen nicht die anderen, deren Ziele eigentlich die Modernisierung Polens und eine stärker „soziale“ Marktwirtschaft sind, in zusätzliche kulturelle Konflikte hineingezogen, etwa beim Thema LGBT oder Geschichtspolitik?

Der Vorsitzende Kaczynski hat auch gesagt, dass wir ein sehr breit aufgestelltes politisches Lager sind und dass das die Quelle unseres Erfolgs ist. Ja, unser Programm ist ein Programm der Modernisierung. Aber das bedeutet nicht, dass wir unsere Werte aufgeben. Unser Ziel ist eine kluge Modernisierung, die nicht die Tradition über Bord wirft.

Der radikale Flügel treibt auch die Änderungen in der Justiz voran; für den Umbau des Obersten Gerichts könnte der Europäische Gerichtshof bald Zwangsgelder verhängen.

Die Organisation der Gerichte gehört zu den souveränen Entscheidungen der EU-Mitgliedstaaten. Polen ist – im Geiste seiner Verfassung – dabei, die Justiz im Rahmen der europäischen Verträge so zu organisieren, dass sie ehrlich, transparent und effizient wird. Ich habe im Übrigen nicht feststellen können, dass die jüngsten Ernennungen von Gerichtspräsidenten in der Tschechischen Republik oder Deutschland von der EU-Kommission in

Brüssel so umfassend kommentiert und kritisiert worden wären; ich denke an Petr Angyalossy in der Tschechischen Republik oder den ehemaligen CDU-Politiker Stephan Harbarth, der jetzt das Bundesverfassungsgericht leitet. Polen ist in diesen Fragen offen für Dialog, aber er muss im Geist des Respekts vor dem Recht und den historischen Bedingungen geführt werden. Nach der deutschen Einigung wurden die Richter und Staatsanwälte aus der ehemaligen DDR überprüft und nur dreißig Prozent von ihnen im Amt belassen. In Polen hatten wir nie die Chance, unser System auf diese Weise zu säubern.

Doch 2020 geht es weniger um Personalfragen, dem PiS-Vorsitzenden geht es eher darum, die „checks and balances“ zu verringern, er ist in der Justiz oder in den Medien. Er sieht in Kontrollmechanismen zu Recht Bremsen für die Pläne der Regierungen.

Alles geschieht im Einklang mit dem Recht und der Verfassung. Die Diskussion erinnert mich an den arroganten Satz eines Abgeordneten der einstigen Regierungspartei, der 2014 zur PiS sagte: „Wenn ihr die Wahlen gewinnt, könnt ihr alles verabschieden, was ihr wollt.“ Jetzt sagt man uns seit fünf Jahren, wir dürften trotz unseres demokratischen – und 2019 bestätigten – Mandats keine Gesetze verabschieden.

Ein der PiS nahestehendes Institut hat zu Anfang ihrer Regierungszeit geschrieben, diese Partei könne das vorgefundene System demontieren, aber kein neues aufbauen. Bestätigen die turbulenten vergangenen Monate nicht diese Prognose?

Nichts wäre falscher. Wir haben die extreme Armut beseitigt und eine der umfassendsten Familienförderungen in Europa eingeführt. Wir haben das Gesundheitswesen und viele öffentliche Dienstleistungen digitalisiert, wir stärken die Infrastruktur. Wir sind vor allem eine Kraft der Modernisierung und des Aufbaus besserer öffentlicher Leistungen und Institutionen.

Die Fragen stellte Gerhard Gnauck.